

16 2009/079

Berichte des Regierungsrates vom 24. März 2009 und der Finanzkommission vom 30. September 2009: Postulate E. Schneider und P. Rohrbach betreffend Gemeindezusammenschlüsse

Votum Urs Hintermann (15.10.2009)

Urs Hintermann (SP) gehört zu demjenigen Teil der SP-Fraktion, welcher mit der Abschreibung von Elisabeth Schneiders Postulat nicht einverstanden ist. Sie forderte eine ernsthafte Prüfung von Fragen betreffend Zusammenschlüsse und Zusammenarbeit, und diese Aufgabe sei schlicht und einfach nicht erfüllt worden. Mit einer Abschreibung des Postulats würde daher ein falsches Signal an die Regierung gesendet. Für Urs Hintermann stellt der regierungsrätliche Bericht nur eine Sammlung von Ausreden dar, weshalb nichts unternommen werden müsse, jedoch bestehe tatsächlich Handlungsbedarf. Grössere Gemeindeeinheiten seien nötig, sinnvoll und wirksam. Urs Hintermann selbst ist nicht grundsätzlich der Meinung, je grösser eine Organisation sei, desto besser sei sie auch. Die Grösse allein sei kein Kriterium, jedoch gebe es auch ökonomische Regeln, welche die Kleinheit betreffen. Erst ab einer gewissen Grösse mache eine kommunale Verwaltung und Regierung Sinn. Der Handlungsbedarf in kleinen Gemeinden sei offensichtlich, denn schon heute können nicht alle Gemeinden ihre Gemeinderatssitze besetzen oder die Stimmbevölkerung hat keine Auswahl an Kandidatinnen und Kandidaten. In kleinen Gemeinden bestehen zudem oftmals auch finanzielle Probleme. Trotzdem sei es wichtig, dass sich die Diskussion um Gemeindezusammenschlüsse nicht auf kleine Gemeinden beschränke. Auch in grossen Gemeinden bestehe Handlungsbedarf, nur sei dieser noch nicht so offensichtlich. Auch grosse Gemeinden müssen künftig zusätzliche Dienstleistungen erbringen und verfügen nicht unbedingt über die notwendigen Mittel. Zudem sollten sie teilweise bessere Dienstleistungen als bisher erbringen. Eine ganze Reihe von Aufgaben kann laut Urs Hintermann heute innerkommunal gar nicht mehr gelöst werden. Ein Zusammenschluss in solchen Bereichen könne daher ein wichtiges Hilfsmittel sein. Urs Hintermann erachtet es als sicher, dass bis in ein paar Jahren Modelle für eine neue Zusammenarbeit unter den Gemeinden zwingend notwendig sein werden. Er fragt sich jedoch, weshalb nun zugewartet werden soll, bis allen das Wasser bis zum Halse steht. Weshalb wird nicht bereits heute, aus einer Position der Stärke heraus, gehandelt? Es sei nicht verwunderlich, dass beispielsweise Hersberg keinen Partner fand, als es in einer Krise einen solchen suchte. Partner müsse man suchen, so lange man noch stark sei. Als sich die Pharmabranche in Basel in einer Zeit der Stärke neu strukturierte, wurde dies allseits als weise und vorausschauend gelobt. Was für die Privatwirtschaft gelte, sollte auch für den Staat seine Gültigkeit haben.

Auf drei Punkte möchte Urs Hintermann noch näher eingehen:

Zum Thema Geld:

In einem Gutachten der Universität St. Gallen zum Baselbieter Finanzausgleich wird klar festgehalten, das Finanzausgleichsgesetz sei eigentlich falsch, denn es zementiere alte Strukturen, anstatt einen optimalen Einsatz der Mittel zu fördern. Auch Urs Hintermann argumentierte bei der Beratung des Finanzausgleichs in diese Richtung, leider wurden seine Einwände jedoch nicht erhört. Laut Regierung fordere die Verfassung implizit die Erhaltung der Anzahl Gemeinden. Urs Hintermann verneint jedoch diesen Verfassungsinhalt. Die Verfassung wolle das Wohl

der Bevölkerung und den ökonomischen Einsatz von Geld, was mit Zusammenarbeit und Zusammenschlüssen erreicht werden könne.

Als Beispiel nennt Urs Hintermann an dieser Stelle die Landwirtschaft. Während Jahrzehnten galt die Ansicht, man könne hier bestehende Strukturen erhalten. Obwohl Unsummen von Geld in die alten Strukturen gesteckt wurden, mussten diese schliesslich trotzdem korrigiert werden. Für Urs Hintermann ist klar, dass Fusionen kein Wundermittel seien und dass, wenn zwei finanzschwache Gemeinden sich zusammenschliessen, nicht automatisch eine finanzstarke Gemeinde entstehe. Zumindest können dank Zusammenschlüssen zuweilen aber Kosten gesenkt werden.

Zum Thema Personal:

Bei kleinen Gemeinden sei der Personalmangel schon heute offensichtlich, aber Probleme bestehen auch in den grossen Gemeinden. Als letzte Partei gelang es auch der Auszug aus dem Protokoll der Landratsitzung vom 15. Oktober 2009 1419

N:\Lka\Wp\Ln\Pr\ktir_2009-10-15_ptk.wpd - [10.10.01] www.bl.ch
SP in Reinach bei den letzten Wahlen nicht mehr, eine 40er-Liste für den Einwohnerrat aufzustellen. Unter 20'000 Einwohnern konnte man keine 40 Personen mehr finden, welche bereit gewesen wären, ein Mandat für eine Partei zu übernehmen.

Zum Thema interkommunale Aufgaben:

Viele Aufgaben, insbesondere im Bereich der Raumplanung, können nicht von einer Gemeinde allein gelöst werden. Gerade im Bereich der Siedlung, des Verkehrs oder der Zonenausscheidung könnten Probleme besser gelöst werden, wenn sich mehrere Gemeinden zusammäten und auch gemeinsam ihr Steuersubstrat bewirtschafteten. Über den richtigen Weg zur Zielerreichung könne man geteilter Meinung sein. Natürlich bestehe noch jede Menge Potenzial in der verbesserten Zusammenarbeit, jedoch bestehe dabei immer auch die Gefahr eines Verlusts von direkten demokratischen Mitteln. Früher oder später werde daher kein Weg an der Zusammenarbeit oder an Zusammenschlüssen vorbeiführen. Selbstverständlich wäre es dabei ideal, wenn die Anstösse zur Zusammenarbeit von unten kämen, es gebe aber auch Situationen, in welchen die Regierung oder ein Parlament dazu verpflichtet seien, vorzudenken. Beispielsweise bei den zur Zeit geplanten Steuersenkungen ging auch die Regierung voraus und erachtete Veränderungen in diesem Bereich als wichtig, sie wartete nicht auf ein Volksbegehren. Urs Hintermann ist auf jeden Fall der Ansicht, dass im Bereich der Zusammenarbeit unter den Gemeinden mit finanziellen Anreizen einiges erreicht werden könnte. Am wichtigsten wäre es, im Kanton Basel-Landschaft ein Klima zu schaffen, in welchem das Thema Zusammenarbeit und Zusammenschlüsse diskutiert wird und die damit verbundenen Chancen aufgezeigt werden. Dass eine vorausdenkende Regierung versuchen würde, ein solches Klima zu schaffen, dahin gehen Urs Hintermanns Erwartungen. Hier spürt er jedoch eine Verweigerung der Regierung und er wird den Eindruck nicht los, die Regierung sei durchaus daran interessiert, dass die Gemeinden schwach bleiben. Dies spräche dann wiederum für einen starken Kanton.

Für Urs Hintermann gibt es keinen Grund, Elisabeth Schneiders Postulat abzuschreiben, denn die Regierung habe ihre Aufgaben noch nicht gelöst und eine seriöse Prüfung des Anliegens habe nicht stattgefunden.